

Ludwig Watzal

Die Lage der Menschenrechte im israelisch-palästinensischen Friedensprozeß

1. Einleitung

Die israelischen Wahlen vom 29. Mai 1996 endeten für die westlichen Medien mit einer Überraschung. Der "Visionär", Ministerpräsident Shimon Peres, wurde durch einen vermeintlichen "Hardliner" vom konservativen Likud-Block geschlagen. Soweit das Stereotyp. Alle Welt fragte sich besorgt, was denn aus dem Friedensprozeß werden würde. Würde Benjamin Netanyahu ihn fortsetzen? Diese als Friedensprozeß bezeichnete Entwicklung wird weitergehen, aber unter anderen Konditionen; für die Palästinenser werden sie noch härter zu verdauen sein, als sie es unter der Arbeitspartei schon waren. Tania Reinhardt, Professorin an der Universität von Tel Aviv, beschreibt das Szenario zwischen Arbeitspartei und Likud als "the replacement of the political struggle between two ideologies by an imaginary battle between two different ways of implementing the same ideology".¹

Die Wahlen haben gezeigt, daß die israelische Gesellschaft gespalten ist und einen Rechtsruck vollzogen hat. Die Gesellschaft teilt sich in eine wohlhabend westlich orientierte Schicht und in eine, die sich durch diesen Teil der Gesellschaft unterdrückt und in ihrer Kultur, Identität und Tradition bedroht fühlt. Insbesondere das nationalistische und das religiös-fundamentalistische Lager haben erheblich hinzugewonnen. Die israelische Gesellschaft steht vor der Frage, ob sie sich als säkulare oder als religiöse begreifen will. Diese Auseinandersetzung wird in dem Maße zunehmen, als die äußere Bedrohung schwindet. Ob der säkulare Zionismus oder der religiöse Fundamentalismus als Sieger daraus hervorgehen wird, ist noch völlig offen. Sollte diese Spaltung nicht überwunden werden, könnte es zu einem "Kulturkampf" kommen. Sicher ist jedenfalls, daß nun die alten Mythen vom religiösen Anspruch auf Judäa und Samaria, wie die Nationalisten und Fundamentalisten die Westbank nennen, wieder zum Leben erweckt werden, und die Rhetorik von einem Groß-Israel wird öfter zu hören sein. Dies alles geht zu Lasten der Palästinenser, die wieder einmal ausschließlich auf das falsche Pferd, die Arbeitspartei, gesetzt haben. Was Benjamin Netanyahu von den Palästinensern und Arafat im besonderen hält, hat seine konstante Ignorierung derselben gezeigt. Er wolle sich nur

1 Tania Reinhardt, The Blank Ballot Option, in: News from within, 5/1995, S. 23.

dann mit Arafat treffen, wenn es um die Bekämpfung des Terrors gehe und es der Sicherheit Israels diene. Netanyahu umgibt sich mit Politikern wie Ariel Sharon und Raphael Eitan sowie mit militanten Siedlervertretern und extremistischen Rabbinern, die den Massenmörder Baruch Goldstein zu ihrem Idol erkoren haben. Bei einer solchen Konstellation gibt es für die Palästinenser wenig Hoffnung. Der Friedensprozeß in seiner augenblicklichen Form wird nicht fortgesetzt, da Netanyahu zur Konstellation von Madrid zurück will und sich von der Formel "Land für Frieden" verabschieden möchte.²

Wer geglaubt hat, daß die Unterzeichnung der "Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung" vom 13. September 1993 sowie die weiteren Abkommen zwischen Israel und den Vertretern der PLO die Menschenrechtsverletzungen Israels gegenüber den Palästinensern beenden würden, muß schnellstens umdenken. Der seit nunmehr drei Jahren andauernde Friedensprozeß hat über 200 Palästinenser und eine etwa gleiche Anzahl von Israelis das Leben gekostet. Dieser Friedensprozeß ist ein Etikettenschwindel. "In diesem Kontext von einem Friedensprozeß zu sprechen, ist daher unzutreffend",³ so Meron Benvenisti, ehemaliger Vizebürgermeister von Jerusalem. Auch die Rolle der USA als selbsternannter "ehrlicher Makler" wird immer unglaubwürdiger, falls diese Rolle jemals von den USA ernsthaft anvisiert worden ist, was bei der extrem einseitigen Parteinahme unter Präsident Clinton für Israel stark bezweifelt werden kann.

Der Bomben-Terror der Hamas vom Februar und März 1996 hat auf das schrecklichste gezeigt, wie umstritten der Aussöhnungsprozeß zwischen beiden Völkern in Teilen der palästinensischen Gesellschaft noch ist. Die tiefe Spaltung der israelischen Gesellschaft über diese Frage kam durch den Mord an Ministerpräsident Yitzhak Rabin durch den israelischen Rechtsextremisten Yigal Amir zum Ausdruck. Es scheint, als blieben bei diesem Aussöhnungsprozeß die Menschenrechte auf der Strecke. Auch in den internationalen Beziehungen treten die Menschenrechte immer weiter in den Hintergrund. Allerorten ist Realpolitik angesagt. Gleichgültig, ob der US-Präsident sein Menschenrechtsengagement vor den Wirtschaftsinteressen seines Landes zurückstellt oder ob Bundeskanzler Helmut Kohl der chinesischen Volksbefreiungsarmee einen Besuch abstattet, obgleich sie für das Massaker auf dem Platz des "Himmlischen Friedens" verantwortlich ist, oder ob die israelische Regierung und die palästinensische Autonomiebehörde ihre palästinensischen Gefangenen foltern - ein Aufschrei der Öffentlichkeit war nirgendwo zu vernehmen. Die

2 Nach Auffassung von Likud basiert der Madrider Verhandlungsprozeß nicht auf der Formel "Land für Frieden".

3 Meron Benvenisti, Wir dürfen Jerusalem nicht den Fanatikern überlassen, in: Die Jerusalem Frage, hrsg. von Uri Avnery/Azmi Bishara, Heidelberg 1996, S. 200.

Nationalstaaten taugen immer weniger als Garanten der Menschenrechte, da sie sie permanent anderen Interessen unterordnen. Deshalb müssen die Nichtregierungsorganisationen dieses Vakuum füllen.

Insbesondere im israelisch-palästinensischen Konflikt hat Israel als Besatzungsmacht eine äußerst negative Menschenrechtsbilanz. Das Land hält trotz des Friedensprozesses weiterhin Palästinenser unter seiner Besatzungsherrschaft, obwohl in unseren Medien überall der "Abzug" der israelischen Truppen zelebriert worden ist. Tatsächlich hat sich vor Ort etwas verändert: Die Palästinenser haben es jetzt mit zwei repressiven Regimen zu tun. Sie sind die israelischen Besatzer nicht losgeworden und haben ein eigenes repressives Regime hinzubekommen. Die israelischen Truppen sind nicht - wie überall berichtet - aus den besetzten Gebieten abgezogen, sondern sind nur aus den Bevölkerungszentren umgruppiert worden. Kein einziger israelischer Soldat hat den Gaza-Streifen oder die Westbank verlassen. Sie wurden nur an den Stadträndern oder in der Nähe der jüdischen Siedlungen neu postiert. Um die weiterhin prekäre politische Lage und die andauernden Menschenrechtsverletzungen verstehen zu können, muß ein Blick auf die Bedeutung der Abkommen geworfen werden, die den Anschein erwecken, als sei das israelische Besatzungsregime beendet.

2. Die israelisch-palästinensischen Abkommen als Meilensteine in die Ghettoisierung

Die unterzeichneten Abkommen von Oslo,⁴ Kairo⁵ und Taba⁶ sowie die am 20. Januar 1996 abgehaltenen palästinensischen Wahlen werden nicht zu einem Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967 führen. Die Palästinenser sind von einem solchen - trotz des Friedensprozesses - meilenweit entfernt. Bevor es zu einem Staat kommt, wird eher ein Flickenteppich oder ein Inselreich entstehen, das die Palästinenser "Staat" nennen können, wenn sie es denn wollen. Was die Dokumente bewirkt haben - und dies ist unzweifelhaft ein großer, aber auch ambivalenter Fortschritt - ist, daß sie das internationale Koordinatensystem im Nahen Osten und die Bedingungen des bilateralen und multilateralen Konflikts von Grund auf verändert haben.

4 Vgl. Frieden. Die Vereinbarungen zwischen Israel und der PLO, hrsg. von der Botschaft des Staates Israel, Presse- und Informations-Abteilung, o.O. (Bonn), o.J. (1993).

5 Vgl. Agreement on the Gaza Strip and the Jericho Area, o.O., O.J.

6 Vgl. Israeli-Palestinian Interim-Agreement on the West Bank and the Gaza Strip, Washington, D.C., 28.9.1995.

Die unterzeichneten Dokumente sind nicht Ausdruck von politischer Emanzipation der Palästinenser, sondern symbolisieren eine dauerhafte politische und soziale Unterwerfung; sie sind hochgradig asymmetrisch und Ausdruck der Kapitulation der Palästinenser vor ihren Besatzern. Die Unterdrückten haben die Unterdrücker legitimiert; ein seltener historischer Vorgang. Wer glaubt, daß Israel bei den verbleibenden Streitfragen nachgeben wird, sollte aufmerksam die Reden und Interviews des ehemaligen Ministerpräsidenten Shimon Peres und seines Nachfolgers in diesem Amt, Benjamin Netanyahu, lesen. Für beide steht ein Palästinenserstaat nicht auf der Agenda. Durch die Abkommen hat sich die palästinensische Führung in eine fatale Abhängigkeit von Israel gebracht. Arafat und sein Regime müssen für die Sicherheit Israels in den teilautonomen Gebieten sorgen, d.h. sie müssen die Opposition gegen den Friedensprozeß mit allen Mitteln niederhalten. Sie wurden Teil des israelischen Sicherheitsestablishments. Arafat ist heute so etwas wie ein "Zulu-Häuptling in Südafrika".⁷ Insbesondere nach den Terroranschlägen in Jerusalem mußte Arafat schnelle Erfolge vorweisen. Nach diesen Anschlägen sind Israel und die Autonomiebehörde mit aller Macht gegen die Hamas und den Islamischen Jihad vorgegangen. Über tausend Menschen wurden allein von Arafats Sicherheitsdiensten verhaftet und ohne Gerichtsverfahren eingesperrt. Die Abkommen sind also primär Sicherheitsabkommen. Ihre Umsetzung sichert Israel die dauerhafte Herrschaft über die Gebiete, ohne daß das Land weiter als Besatzungsmacht erscheint; es herrscht durch palästinensische Stellvertreter. Eine klassisch neokolonialistische Situation ist entstanden. So gesehen sind die Abkommen ein einzigartiger diplomatischer Erfolg Israels, der nur etwas geringer zu bewerten ist als die Staatsgründung, weil hier eine völkerrechtswidrige Okkupation von den Okkupierten anerkannt worden ist, ohne daß auf diesen Tatbestand in den Verträgen Bezug genommen worden ist. Deshalb symbolisieren die Verträge für die Palästinenser eine totale Niederlage.

Wie sieht der "Neue Nahe Osten" für die Palästinenser aus, über den der ehemalige Ministerpräsident Peres so begeistert geredet hat und dem auch Netanyahu zustimmt? Israel behält das Jordantal als seine Sicherheitsgrenze, annektiert die Siedlungskonzentrationen, behält das "vereinigte" Jerusalem,⁸ zieht sich nicht auf die Grenzen von 1967 zurück und verweigert den Palästinensern weiterhin das Rückkehrrecht. Israel spricht nie von einem Palästinenserstaat, sondern nur von einem autonomen Gebilde. Dieses Konzept der Peres-Regierung unterscheidet sich in nichts von den Vorstellungen der Rechten in Israel. Deshalb kann Meron Benvenisti in Ha'aretz vom 26. Oktober 1995 schreiben, daß der Unterschied zwischen

7 Benvenisti, a.a.O.

8 Vgl. den Beitrag von N. Mattes in diesem Band.

beiden politischen Lagern ungefähr darin besteht, den Palästinensern entweder eine bedingungslose Kapitulation aufzuerlegen oder ihnen eine etwas großzügigere Form der Kapitulation zuzumuten. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo und Taba haben somit das palästinensische Problem nicht gelöst, sondern nur machtpolitisch erledigt. Der historische Rückschlag für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht ist irreversibel, weil die eigene Führung darauf verzichtet hat, auf diesem Recht in den Abkommen zu insistieren. Der Konflikt wurde von der internationalen auf eine bilaterale Ebene herabgestuft; hier können die Palästinenser als die machtpolitisch Schwächeren nur das Nachsehen haben. Ihre vorteilhafte völkerrechtliche Position wurde leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Sie bestand darin, daß Israel als Besatzungsmacht nach geltendem Völkerrecht keinen legalen Hoheitsanspruch und auch keine Souveränität über die Westbank und den Gaza-Streifen besitzt; es übt beide nur wider geltendes Völkerrecht aus. Die Bevölkerung behält ihre Souveränität in Form des Selbstbestimmungsrechtes. Eine Annexion wie 1980 von Jerusalem oder 1981 der Golan-Höhen ist völkerrechtswidrig. Der Besetzer erlangt durch solche einseitigen Statusveränderungen keine legalen Rechte. Eine Volksabstimmung über die Rückgabe der Golan-Höhen wäre nach Völkerrecht null und nichtig. Durch den Akt der "kriegerischen Besetzung" kommt die Vierte Genfer Konvention (VGK) von 1949 zum Tragen, die das Land 1951 ohne Vorbehalte unterzeichnet hat. Trotzdem bestreitet Israel aber ihre Anwendbarkeit, da es sich hier um Völkervertragsrecht handele und dies erst Gültigkeit erlange, nachdem es in inner-israelisches Recht übernommen sei. Israel sei aber bereit, die "humanitären Bestimmungen" der VGK anzuwenden, ohne allerdings zu sagen, welches diese seien.

Der Soziologieprofessor Baruch Kimmerling schreibt am 3. Januar 1996 in Ha'aretz, daß dieses Abkommen (Oslo II) den berüchtigten Versailler Vertrag als ideal erscheinen läßt. "Die Frage einer Erneuerung des Palästinenseraufstandes, der die Intifada wie ein Kinderspiel erscheinen lassen wird, und der - wie der Arabische Aufstand von 1937 bis 1939 - sich gegen die palästinensische Führung und gegen die wirklichen Herrscher richten wird, ist nur eine Frage der Zeit."

Wie nicht anders zu erwarten, wurden die palästinensischen Wahlen nicht nur von den Palästinensern als ein Meilenstein auf dem Weg zu einem Palästinenserstaat gepriesen, sondern auch die westliche Presse intonierte diese Melodie. Wer sich die realen Machtverhältnisse im Nahen Osten ansieht, stellt schnell fest, daß die Handlungsfähigkeit Arafats und seines Parlaments vom guten Willen Israels abhängt. Arafat wurde zwar von den Palästinensern mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten gewählt, ohne aber einer sein zu dürfen. Auch der Autonomierat, dem Arafat gern Parlamentsqualität zuspricht, kann die Aufgaben eines Parlaments nicht

erfüllen, weil er kein Gesetz verabschieden darf, das israelischen Militärverordnungen widerspricht, und diese gelten weiterhin auch in den teilautonomen Gebieten.

Arafat hat den Wahlkampf nicht mit den Abkommen geführt, sondern mit dem Versprechen, einen Palästinenserstaat zu gründen und für die Rückkehr der Flüchtlinge zu sorgen. Trotz hoher Wahlbeteiligung kann das Wahlergebnis als ein ernster Rückschlag für die nationale Frage der Palästinenser gesehen werden, weil dadurch die Abkommen nachträglich mit einer Legitimation versehen wurden, die ihnen nicht zukommen sollte. Die Wahlen haben Arafat in seiner autokratisch-diktatorischen Rolle gestärkt. Der gewählte Rat spielt keine Rolle und hat keinerlei Befugnisse bei den bevorstehenden Verhandlungen. Arafat selbst hat seine Mißachtung gegenüber dem gewählten Rat dadurch ausgedrückt, daß er sich - noch bevor dieser überhaupt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten konnte - nicht vor den gewählten Repräsentanten zum "Präsidenten" vereidigen ließ, sondern vor einigen geladenen Honoratioren und Arafat-Günstlingen. Bei Arafats gestörtem Verhältnis zum demokratischen Verfahren sollte von ihm in Sachen Demokratie und Menschenrechte nicht allzuviel erwartet werden. Eher ist zu befürchten - und alles deutet darauf hin -, daß es zu einer repressiven, autokratisch-diktatorischen Herrschaft kommt.

Die Israelis verhandeln - wenn überhaupt noch - weiter nur mit Arafat und seiner Rest-PLO. Durch die Wahlen hat Arafat endlich die Legitimation, die sich die Israelis seit Beginn der Verhandlungen gewünscht haben. Er wird weitere weitreichende Konzessionen machen müssen, aber jetzt in seiner neuen Rolle als gewählter "Präsident Palästinas". Ob der gewählte Autonomierat Arafat kontrollieren kann, darf bezweifelt werden. Arafat kann zwar wieder einen Palästinenserstaat proklamieren - dies hatte er bereits 1988 getan -, aber es ist ihm nicht gestattet, Außenpolitik zu betreiben oder die Ein- und Ausreise seiner Bevölkerung zu regeln. Die neu ausgestellten Reisepässe sind nur insofern brauchbar, als Israel den Palästinensern gestattet auszureisen. Die Aus- und Einreise erfolgt nicht aufgrund des Passes, sondern hängt vom guten Willen Israels ab.

Der Optimismus und die Euphorie kurz nach der Unterzeichnung der "Prinzipienerklärung" waren durchaus berechtigt, solange man den vollständigen Text der Vereinbarungen und die Konsequenzen vor Ort noch nicht kannte. Von dieser Aufbruchstimmung ist nichts mehr geblieben. Allseits herrscht Frustration. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet gibt es nur Negativrekorde zu vermelden. So beträgt die Arbeitslosigkeit in den palästinensischen Autonomieinseln rund 70 Prozent. Infolge der Strangulierung durch die totale Abriegelung kann kaum ein Palästinenser die Gebiete verlassen. Am 31. Mai 1996 erteilte Israel 7500 Arbeitsgenehmigungen

an Arbeiter aus dem Gaza- Streifen, die über 40 Jahre alt sind. Der größte Teil der Palästinenser dürfte aber keine Arbeit mehr in Israel finden, da das Land bereits zirka 100 000 legale Gastarbeiter aus China, Thailand, Rumänien und anderen Ländern importiert hat, die es jederzeit wieder zurückschicken kann, und dies auch in den Fällen tut, in denen sich die Gastarbeiter etwas haben zuschulden kommen lassen. Daneben halten sich nach Angaben des israelischen Innenministeriums zirka 95 000 illegale Arbeitskräfte in Israel auf, die vorwiegend aus Ghana, Nigeria, Rumänien, Thailand, den Philippinen, Kolumbien, Chile, Ägypten, Polen, der Türkei, der Ukraine und Rußland kommen und die zum Teil versuchen, sich durch Eingehen von Scheinehen einen legalen Status zu verschaffen. Sie werden von ihren Arbeitgebern schlecht behandelt. Sie erhalten teilweise nicht ihren Lohn, werden gewaltsam - in Kooperation mit den Sicherheitskräften - des Landes verwiesen, und ihre Pässe werden einbehalten.⁹ Ebenso fließen die meisten Investitionen an den Autonomieinseln vorbei und gehen nach Israel und zu einem geringen Teil nach Jordanien. Welcher Unternehmer will schon in einem Gebiet investieren, das ständig abgeriegelt werden kann und weiterhin unter Besatzung steht? Wenn Arafat überhaupt Geld bekommt, dann für sein auf 70 000 Personen (45 000 Sicherheitskräfte; 25 000 Bürokratie) angewachsenes militärisch-politisches Sicherheitsestablishment, aber nicht für Investitionen zum Nutzen seines Volkes. So werden im Augenblick hauptsächlich die westlichen Gelder dafür verwendet, Arafats neuentstehende bürokratisch-militärische Klasse zu unterstützen. Die spärlichen Investitionen sind nicht dazu ange-
tan, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

3. Das Interimsabkommen als Vorwegnahme des Schlußabkommens

Mit dem Wahlsieg des Likud-Blocks kamen auch die "wildten Militaristen" Ariel Sharon und Rafael Eitan an die Regierungsmacht; dies bedeutet für Arafat und seine Autonomiebehörde nichts Gutes. Er muß zu neuen weitreichenden Konzessionen bereit sein. Die Konzessionen, die die Palästinenser aber schon im Interimsabkommen machen mußten, sprechen für die eingangs geäußerte Unterwerfungsthese. Die sieben Annexe des "Interimsabkommens" lesen sich wie ein israelisches Diktat über die Palästinenser. Jede Einzelheit ist hier den Palästinensern vorgeschrieben worden. Nach diesem Abkommen ist Arafats Autonomiebehörde jetzt nichts weiter als eine von vielen Interessengruppen, wie z.B. die religiöse Shas-Partei, die mit der israelischen Regierung um jedes Zugeständnis feil-

⁹ Vgl. "Kav La'Oved". Workers' Hotline for the Protection of Workers' Rights, Newsletter, April 1996, S. 5-7.

schen muß. Wie Israel die Rolle Arafats sieht, zeigt folgendes Zitat: "Das Schicksal des Abkommens hängt davon ab, wie effektiv die Palästinenser gegen den Terrorismus vorgehen", so der Generalstabschef Amnon Shahak am 24. September 1995 in Yediot Aharonot. Oder Ariel Sharon einen Tag nach der Wahl im amerikanischen Fernsehen CNN: "Arafat ist ein Terrorist und Kriegsverbrecher, der vor Gericht gestellt gehört." Mit solch einer Person könne man nicht verhandeln.

Wie sich die tatsächliche Lage für die Palästinenser darstellt, beschreibt Meron Benvenisti in Ha'aretz vom 14. Dezember 1995: "Der Rückzug der IDF-Streitkräfte aus den Städten und den umliegenden Dörfern hat die Lage nicht verändert. Die wichtigsten Merkmale der Besetzung sind noch vorhanden, und die erzielte Unabhängigkeit in den Gemeinden geht einher mit einer noch größeren Unterdrückung. Die augenblickliche Lage ist für die israelische Regierung bequemer."

Nach dieser Einschätzung ist es völlig unverständlich, warum das Interimsabkommen von palästinensischen Kommentatoren als "Meilenstein" gepriesen wird. Arafat hat Israel bereits im "Gaza-Jericho-Abkommen" in Artikel 22 und nochmals im "Interimsabkommen" in Artikel 20 einen "Persilschein" dahingehend ausgestellt, daß das Land für die verursachten Schäden während seiner Besatzungsherrschaft nicht verantwortlich gemacht werden kann.¹⁰

Wie irrelevant ein Interimsabkommen ist, wird durch einen Kommentar in Ha'aretz vom 6. Juli 1995 von Meron Benvenisti deutlich: "Die Bezeichnung der Situation in den Gebieten als 'Besetzung' beruht auf mehreren Bedingungen, und zwar auf der Übernahme der Hälfte des Landes in der Westbank, der Siedlungen in aneinandergereihten Blöcken, des Gebrauchs des meisten Wassers durch Israel, der wirtschaftlichen Ausbeutung, der Behinderung der palästinensischen wirtschaftlichen Entwicklung, des bürokratischen Terrorismus, der brutalen Gewalt und der totalen Unterdrückung jeglicher palästinensischer politischer Aktivität. Keine einzige dieser Bedingungen wird sich durch die erwartete Unterzeichnung des Interimsabkommens ändern, außer der letzten. In den anderen Bereichen wird die israelische Kontrolle weniger direkt sein. Statt die Dinge selber zu regeln, werden 'israelische Verbindungsoffiziere' hinter den palästinensischen Angestellten die Entscheidungen treffen, gerade wie es im Gaza-Streifen geschieht."

Die Gebiete werden ethnisch und nicht geographisch definiert. Keine jüdische Siedlung wurde aufgelöst; sie sind exterritorial. Neben den Palästinensern leben weiter israelische Siedler, für die israelisches Recht gilt, die in "ethnisch reinen" Siedlungen unter sich leben. Die Palästinenser haben

¹⁰ Vgl. zu diesem Komplex Agreement on the Gaza Strip and the Jericho Area, a.a.O.; Israeli-Palestinian Interim-Agreement on the West Bank and the Gaza Strip, a.a.O.

über die Siedler keinerlei Jurisdiktion oder polizeiliche Gewalt. So hat die Arafat-Behörde über rund 40 Prozent des Gaza-Streifens keine Verfügungsgewalt. Etwa 4 500 israelische Siedler bewohnen etwa das gleiche Gebiet, auf dem über 934 000 Palästinenser leben und existieren müssen. Auch in der Westbank ist alles beim alten geblieben. Sollten die Gebiete nicht bald wieder geöffnet werden, kann es zu "Hungerrevolten" kommen. Einige Menschen sind schon an den Grenzen gestorben, da sie von den Grenzkontrollen nicht durchgelassen wurden oder zu lange aufgehalten worden sind. Die Strangulierung der Palästinenser schwächt auch die Position Arafats und spielt direkt Hamas und dem Islamischen Jihad in die Hände.

Aus einigen Indizien wird deutlich, daß die Palästinenser bereits resigniert haben und die israelischen Vorstellungen akzeptieren. So trafen sich Josef Beilin, ehemaliger Minister ohne Geschäftsbereich im Büro des Ministerpräsidenten Peres, und Abu Mazen, Arafat-Berater und Unterzeichner der "Prinzipienerklärung", am 23. Februar 1996 und haben in drei Streitfragen "Kompromisse" erzielt:

1. Die Siedlungen bleiben erhalten, 300 qkm, in denen die meisten Siedlungen liegen, werden von Israel annektiert.
2. Die palästinensischen Flüchtlinge müssen sich um die Einbürgerung in ihren jeweiligen Aufenthaltsland bemühen, konkret heißt dies, keine Rückkehr.
3. Ein "Kompromiß" über Jerusalem sieht wie folgt aus: Arafat erhält ein Gebiet, das "al-Quds" - die Heilige - genannt wird und zu dem alle von Palästinensern bewohnten Dörfer in der Umgebung Jerusalems gehören. Israel erhält die Souveränität über die Altstadt von Ost-Jerusalem und über die israelischen Siedlungen in der Umgebung der Stadt.

Es sieht gegenwärtig nicht so aus, als fühle sich die Likud-Regierung an diesen "Kompromiß" gebunden. Wäre die Arbeitspartei an der Macht geblieben, wären diese Vereinbarungen in die Statusendverhandlungen mit eingeflossen.

4. Die Menschenrechte im Friedensprozeß

Da sich beide Parteien offiziell in einem Friedensprozeß befinden, könnte man meinen, mit den Menschenrechten sei alles bestens bestellt. Zu dieser Sorglosigkeit besteht aber kein Anlaß. Die Lage der Menschenrechte in Israel und in den von Palästinensern beherrschten Autonomieinseln gibt im Gegenteil Anlaß zu höchster Besorgnis. Die israelische Menschenrechtsorganisation HaMoked zieht folgendes Resümee eines Workshops

am 7. November 1995 im Ambassador-Hotel in Ost-Jerusalem und beschreibt damit die Realität vor Ort treffend: "The agreements have left Israel in effective control of most aspects of Palestinian daily life. By retaining direct authority over freedom of movement. Through exit and entry permits, residency and family reunification permits, Israel also controls basic issues of economy, health, freedom of education, family life and culture in general. Extensive powers of the Israeli security services and perpetual closures only underscore and exacerbate this situation. The fundamentals of the human rights situation in this area, together with the bulk of human rights violations remain the same, unaffected by the agreements."¹¹

Die Abkommen haben zu einer Zurückdrängung der Menschenrechtsfragen geführt. So hat sich eine absurde Situation ergeben, die man in fünf Punkten zusammenfassen kann: 1. In Israel und den Autonomiegebieten brauche man sich um die Menschenrechte nicht mehr zu sorgen, da es ja einen Friedensprozeß gebe; 2. Menschenrechtsverletzungen sollten nicht öffentlich diskutiert werden, weil sie den Friedensprozeß stören würden; 3. die Menschenrechte würden jetzt mit politischen Fragen verbunden, wie die diversen politisch motivierten Hungerstreiks von Gefangenen zeigen; 4. die Menschenrechte müßten zurücktreten, damit der Friedensprozeß gelingen könne, d.h. über die fortdauernden Landenteignungen, Tötungen oder Folterungen solle geschwiegen werden, und 5. sei in Israel ein neues Interesse an palästinensischen Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen, da es sich jetzt zeige, daß die Palästinenser nicht ihre eigenen Angelegenheiten regeln könnten.

4.1 Menschenrechtsverletzungen durch das israelische Besatzungsregime

In seiner nun schon 29 Jahre dauernden Besatzungszeit hat Israel die Menschenrechte der Palästinenser systematisch auf das schwerste verletzt.¹² Palästinensische Terrorkommandos hatten immer wieder unschuldige Israelis getötet, und dies benutzte die israelische Regierung als Rechtfertigung, um im Namen der Sicherheit massiv gegen die Palästinenser vorzugehen und völkerrechtswidrige Maßnahmen wie Landenteignungen zu rechtfertigen. Legitime Sicherheitsinteressen und Übereifer der Behörden waren dann auch die Standardrechtfertigungen für die israelischen Übergriffe. Es hat sich aber gezeigt, daß das Sicherheitsargument nur als ein Vorwand genutzt wurde, um die Palästinenser politisch zu un-

¹¹ Human Rights Workshop Held by HaMoked in Wake of Cairo Agreements, in: HaMoked Newsletter, Nr. 7, Dezember 1995, S. 3.

¹² Vgl. dazu Ludwig Watzal, *Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser*, Köln-Weimar-Wien 1994.

terdrücken, ökonomisch auszubeuten und sich des Landes auf völkerrechtswidrige Weise zu bemächtigen. Auch seit der Unterzeichnung der "Prinzipienerklärung" ist keine wesentliche Verbesserung der Lage der Menschenrechte eingetreten. Es hat keinen wirklichen Wandel im Bewußtsein der überwiegenden Mehrzahl der Israelis gegenüber den Palästinensern gegeben. Alte Vorurteile leben weiter fort, die durch die Machtübernahme der Rechten wieder aufleben und verstärkt werden. In einigen Bereichen ist sogar eine Verschlechterung zu beobachten, wie bei der Beschlagnahme von Land,¹³ der Abriegelung und der Sprengung von Häusern. 55 Häuser stehen zur Zeit zur Zerstörung an, da sie ohne Baugenehmigungen errichtet worden sind. Die Konfiszierung von Land hat dramatische Ausmaße angenommen, da Israel Land für das separate Straßensystem für die Siedler und zum weiteren Ausbau der Siedlungen benötigt. Der von der Rabin/Peres-Regierung verhängte Baustopp wurde von der Netanyahu-Regierung aufgehoben. Alles Land, das jetzt noch konfisziert wird, braucht nicht mehr in die Konkursmasse bei den Endverhandlungen eingebracht werden. Daneben werden weiterhin Häuser zerstört, Gefangene gefoltert, sogenannte "gesuchte Personen" durch "Todesschwadronen" liquidiert, unliebsame Palästinenser entweder im Ausland oder in den autonomen Gebieten ermordet, Ausgangssperren verhängt, die besetzten und autonomen Gebiete abgeriegelt, den Palästinensern der Zugang zu Ost-Jerusalem seit März 1993 versagt, die Ein- und Ausreise von Palästinensern verweigert, die Familienzusammenführung verhindert. Die Schikanen der Bürokratie gehen unvermindert weiter.

Bevor die israelische Armee sich aus den Bevölkerungszentren zurückzog, verhaftete sie etwa 200 Palästinenser, die gegen den Friedensprozeß waren, und steckte sie in Administrativhaft. Der "Vorteil" dieser Art von Strafe ist, daß keine Anklage erforderlich und eine mehrmalige halbjährliche Verlängerung der Haft möglich ist, die im Februar 1996 auf ein Jahr ausgedehnt worden ist. Manche Häftlinge verbringen so Jahre in Administrativhaft, ohne jemals angeklagt zu werden. Die Administrativ-Häftlinge werden in Ketziot, einem unwirtlichen Ort in der Negev-Wüste, unter menschenunwürdigen Bedingungen gefangengehalten. Eine weitere Verhaftungswelle gab es nach den Terroranschlägen vom Februar und März 1996, bei der zirka 1000 Personen vom israelischen und vom palästinensischen Sicherheitsdienst verhaftet wurden.

Ein besonders heikles Thema sind die andauernden Folterungen von Palästinensern durch den israelischen Inlandsgeheimdienst Shin Bet. Wie B'Tselem in seinem Bericht vom 17. November 1994 feststellt, geht die

13 Vgl. A Policy of Discrimination - Land Expropriation, Planning and Building in East Jerusalem, hrsg. von B'Tselem, Jerusalem, May 1995.

übliche Anwendung von Folter bei Verhören weiter. Es sterben zwar weniger Palästinenser, aber vermutlich hat die Folter zugenommen. Zuletzt starb der Palästinenser Abd el Samed Harizat, der am 22. April 1995 verhaftet wurde, am 26. April durch zu "gewaltsames Schütteln" (violent shaking). Die Autopsie ergab, daß er aufgrund von inneren Kopfverletzungen starb. Zum ersten Mal gab die israelische Regierung zu, daß ein Palästinenser durch Verhörmethoden des Shin Bet zu Tode gekommen ist. Der Bericht schließt mit dem Appell: "Die israelische Regierung muß umgehend Schritte einleiten, die der Folter bei Verhören ein für alle Male ein Ende setzen."¹⁴ Schon im Juni 1994 hatte Human Rights Watch in Washington denselben Tatbestand umfangreich dokumentiert. Der 1995 ermordete Ministerpräsident Yitzhak Rabin hatte zugegeben, daß an etwa 8 000 Palästinensern die Methode des "Schüttelns" angewandt worden sei. Dazu schreibt die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem im März 1996: "This suggests that physical force is a standard rather than an exceptional part of GSS interrogations."¹⁵ Wie real die Mißhandlungen sind, zeigt der Zwischenfall am 1. Dezember 1995. Der 15jährige Abdel Rahman Asaad Shamlah mußte nach zweimonatigem intensiven Verhör im Gefängnis von Ashkelon ins Krankenhaus eingeliefert werden, weil er seine Bewegungsabläufe nicht mehr kontrollieren konnte. Zur gleichen Zeit verlor der 18jährige Islam Sharif Abu Al-Izzah im Jalma Gefängnis ein Auge, da seine Verhörer ihn heftig geschlagen hatten. Das Mandela-Institute for Political Prisoners und Al-Haq berichten über die Ermordung dreier Palästinenser in israelischen Gefängnissen durch Palästinenser. Ebenso erschütternd liest sich die eidesstattliche Erklärung des 28jährigen Abdel Rahman al-Ahmar aus dem Flüchtlingslager Deheische in Bethlehem. Am 19. November 1995 wurde er in Administrativhaft genommen und am 14. Februar 1996 in die Verhörabteilung des Geheimdienstes Shin Bet in das Gefängnis in West-Jerusalem gebracht. Der Vorsitzende des Militärgerichtes, Shlomo Isaacson, verlängerte die Dauer des Verhörs, obwohl al-Ahmar über Folterungen berichtet hatte. Auch er wurde dem üblichen Folterrepertoire unterzogen.¹⁶ Die USA spielen in Fragen der Menschenrechte eine ambivalente Rolle. So befürchten sie, daß eine Einmischung bei Menschenrechtsverletzungen den Friedensprozeß negativ belasten würde. Die Haltung der USA kam klar zum Ausdruck, als man gegenüber den Folterungen der Israelis per-

14 Torture During Interrogations: Testimony of Palestinian Detainees. Testimony of the Interrogators, hrsg. von B'Tselem, Jerusalem, November 1994, S. 28.

15 Israel Proposes to legalize Torture, in: The B'Tselem Human Rights Report, Vol. 4, Spring 1996, Nr. 1, S. 14. GSS = General Security Service (Allgemeiner Sicherheitsdienst - Inlandsgeheimdienst).

16 Vgl. April 17 Bulletin. Information and Support of Palestinian Political Prisoners, October 22, 1995 - March 15, 1996, hrsg. von Alternative Information Center, Bulletin 15.3.1996, S. 3f.

manent schwieg. Im Jahre 1994 rügte das amerikanische Außenministerium die Verhörmethoden der israelischen Behörden als zu weitreichend, da sie sich Foltermethoden bedienten; es hob aber gleichzeitig hervor, daß es einige Gründe für ein solches Verhalten gebe. Die USA hoben nur die Maßnahmen von zwei Verhörern als negativ hervor, vermieden es aber, Israel generell der Verletzung der Menschenrechte zu beschuldigen, obwohl Israels Duldsamkeit gegenüber den Verhörern für die starke Zunahme von Folter verantwortlich war. Die amerikanische Botschaft in Tel Aviv sowie das Konsulat in Ost-Jerusalem informieren sich regelmäßig über die Lage der Menschenrechte. Regelmäßig treffen sie sich mit Menschenrechtsorganisationen vor Ort. Eine amerikanische Delegation traf sich im Oktober 1995 mit dem Chef der Preventive Security Service (PSS) in Jericho, Jibril Rajoub, um sich zur Lage der Menschenrechte auszutauschen.

Im israelischen Parlament werden derzeit Gesetze beraten, die die Anwendung von Gewalt bei Verhören legalisieren sollen.¹⁷ In einem Paragraphen des Gesetzes über den Geheimdienst, das mit "Special Interrogation Powers to Prevent Terrorism" überschrieben ist, erklärt der GSS-Verhörer die Befugnis, "Gewalt" anzuwenden, wenn der Verdacht besteht, dadurch könne ein Gewaltakt gegenüber dem Staat oder Menschen verhindert werden. Die exakten Methoden der Gewaltanwendung werden durch Regeln bestimmt, die vertraulich bleiben. Die Anwendung "moderater physischer Gewalt" wurde bereits im Landau-Bericht aus dem Jahre 1987 empfohlen; die einzelnen Foltermethoden werden bis heute geheimgehalten.

Im Gesetz über den Shin Bet wird es dem Geheimdienst erlaubt, "Gewalt anzuwenden", vorausgesetzt, die Methode verursacht keine "starken Schmerzen". Was starke Schmerzen sind, bleibt offen. Sollte dies Gesetz werden, wird Folter erstmals in Israel ausdrücklich legalisiert sein. Dieser Gesetzentwurf widerspricht der von Israel unterzeichneten UN-Konvention gegen Folter. Hinzu kommt noch, daß den Geheimdienst-Agenten Immunität zugesichert wird, und zwar für solche "begründeten Akte, die im guten Glauben und in Erfüllung ihrer Pflicht" begangen worden sind. Das Public Committee against Torture in Israel (PCATI) kritisiert in diesem Zusammenhang, daß das Gesetz gegen Folter und das Gesetz über die Geheimdienste als Junktim behandelt werden, obwohl es in der UN-Folterkonvention heißt, daß ein Notstand nicht dazu mißbraucht werden dürfe, um Folter zu rechtfertigen. Mit dieser Verbindung gelinge der israelischen Regierung ein sophistischer Trick. Die Regierung komme niemals in eine Situation, in der sie ihre eigenen Gesetze bricht, da die Anwen-

17 Vgl. dazu *Torture During Interrogations: Testimony of Palestinian Detainees. Testimony of the Interrogators*, hrsg. von B'Tselem, a.a.O.

dung von Folter durch den Shin Bet rechtlich keine Folter sei und sich die israelische Regierung durch den Zusatz im Strafrecht, der Folter eindeutig verbiete, in die Lage versetze, niemals der Folter zugestimmt zu haben. Der bekannte Rechtsprofessor an der Hebräischen Universität in Jerusalem, Mordechai Kremnitzer, kommentiert diesen Vorgang am 4. Februar 1996 in der Tageszeitung Yediot Aharonot: "Only in form would this be a law; in essence, it would be manifestly illegal." Bei einem Treffen zwischen Justizminister David Liba'i und dem Generalsekretär von Amnesty International, Pierre Sané, erklärte letzterer: "You are not the only country where torture is practiced. We know of at least ninety, but they all try to deny and hide it. If Israel becomes the first state in today's world to openly and officially legalize torture, it would be a grave setback to human rights in the entire world, and you must expect to become the focus of international criticism." Israel wäre das einzige Land, das per Gesetz die Zufügung von Schmerz während der Verhöre legalisieren würde, was mit Sicherheit in anderen Ländern Nachahmer fände. Zum ersten Mal in der Geschichte Israels hat das Oberste Gericht den Shin Bet ermächtigt, physische Gewalt - einschließlich "violent shaking" - gegenüber palästinensischen Gefangenen anzuwenden. B'Tselem kommentiert dies wie folgt: "Solch ein rechtlicher Präzedenzfall stellt einen zusätzlichen Rückschlag im Kampf gegen die Ächtung von jeder Form der Folter und Mißhandlung dar." In einer Presseerklärung vom 28. Januar 1996 verurteilen B'Tselem, HaMoked, the Association of Physicians for Human Rights und das PCATI in Israel diese Entscheidung. "For all intents and purposes, today's decision by the High Court gives the GSS permission to employ measures against the detainee which constitutes torture."¹⁸ Auch die Aktionen der "verdeckten Einheiten" oder "Todesschwadronen" gehen weiter. Immer noch werden sogenannte "gesuchte Personen" gejagt und liquidiert. Zum Beispiel erschossen laut Amnesty International/London am 6. Januar 1995 diese Einheiten vier Palästinenser im Alter zwischen 16 und 32 Jahren bei Bet Liqya. Aus einem Volkswagen-Bus schossen die Soldaten in Zivil die vier nieder, ohne ihnen überhaupt eine Chance zur Aufgabe zu geben. Minuten später schaffte dann die reguläre israelische Armee die Leichen fort. Der israelische Geheimdienst Mossad tötete den Jihad-Führer Scheich Shakaki im Oktober 1995 auf Malta und Yahya Aiash (den "Ingenieur") im Januar 1996 durch eine ferngezündete Bombe in Gaza. Daß diese Auftragsmorde keine Ausnahmen sind, zeigt das Interview des Geheimdienstmitarbeiters Ehud Yatom in der israelischen Zeitung Yediot Aharonot vom 26. Juli 1996. Dort gab Yatom zu, auf Befehl des damaligen Geheimdienstchefs Abraham Shalom den Brüdern Subhi und Majdi Abu Jamea mit einem Stein die Schädel zertrümmert zu

18 Press Release vom 28.1.1996.

haben. Bei der Entführung eines Busses der Buslinie 300 waren zwei der vier Entführer bei der Erstürmung des entführten Busses getötet worden. Die Brüder Subhi und Majdi wurden verhaftet und mißhandelt. Der jetzige Verteidigungsminister Yitzhak Mordechai war ebenfalls an der Mißhandlung der beiden Palästinenser beteiligt. Nach Yatom schlug Mordechai "sie mit seiner Pistole mit fürchterlicher Gewalt. Er tat Dinge in Uniform, die er nicht hätte tun sollen. Er hätte nicht General werden dürfen." Vorwürfe von Menschenrechtsorganisationen, daß der israelische Geheimdienst des öfteren Palästinenser einfach umbringe, anstatt sie zu verhaften, waren von Israel immer brüsk zurückgewiesen worden, scheinen sich aber jetzt durch die Aussage Yatoms zu bestätigen. "Im Kampf gegen Terroristen und um den Tod von Unschuldigen zu vermeiden, muß man Dinge tun, die nicht immer im Einklang mit perfekten Werten stehen. Gegen Terrororganisationen, die nicht zwischen Jung und Alt unterscheiden, gibt es nur einen Weg, sie zu stoppen, und das ist dieser." Yatom gestand nur einen "Fehler" ein: Die Medien seien zu nahe an der "Operation" gewesen. Er habe unter vier Ministerpräsidenten den Terrorismus bekämpft. An seiner Überzeugung, daß "diese Methode an sich korrekt war", habe sich nichts geändert. Im Rahmen dieser Enthüllungen weist das Palestinian Centre for Human Rights auf folgende ungeklärte Morde hin, die in den Jahren 1993/1994 an Palästinensern begangen wurden: Omar Khamis al Ghoula, Ayman Nassar, Jamaa und Yousel Abu Mohaisen, Saleem Mowafi sowie die Tötung von sechs Mitgliedern der Fateh Hawks in Jabaliya.¹⁹

Wie gering Israel die "Souveränität" der palästinensischen Autonomiebehörde achtet, zeigt die Tatsache, daß am 5. und 6. Februar 1996 Mitglieder von Arafats Fatah und Mitglieder des Islamischen Jihad im "befreiten" Jenin vom israelischen Militär verhaftet worden sind. Während dieser Festnahmen wurde das Mobiliar zertrümmert. B'Tselem hat Fälle dokumentiert, die zeigen, daß der Geheimdienst Shin Bet Druck auf Familienangehörige ausübt, die nichts mit einer von einem anderen Familienangehörigen verübten Straftat zu tun haben, aber trotzdem kollektiv haftbar gemacht werden. Der Fall von Hanan Ballut steht hier stellvertretend für viele. Daß dabei auch wahllos Einrichtungsgegenstände in Mitleidenschaft gezogen werden, sei der Vollständigkeit halber erwähnt. Die täglichen Diskriminierungen bei dem Versuch, eine der vielen Genehmigungen für

19 Dazu und zur Entführung des Busses der Linie 300 vgl. Palestinian Centre for Human Rights, Special Report. Senior Israeli Intelligence Officer, Ehud Yatom, Reveals Extra-Judicial Killings of Palestinians by Israeli Security Forces 3.8.1996. Zum Interview Ehud Yatoms vgl. Amos Wollin, Israelischer Geheimdienstler gesteht Doppelmord, in: die tageszeitung 26.7.1996; Inge Günther, Ein Befehl läßt den Mann vom Geheimdienst nicht zweifeln, in: Frankfurter Rundschau 27.7.1996; Befehl zum Mord, in: Frankfurter Rundschau 27.7.1996; "Verteidigungsminister mißhandelte Gefangene", in: Süddeutsche Zeitung 27./28.7.1996.

Ost-Jerusalem (wie Einreiseerlaubnisse, Aufenthaltsgenehmigungen, Baugenehmigungen etc.) zu erhalten, gehen unvermindert weiter. Da kaum eine ausländische Macht Israel wegen seines Verhaltens in der Menschenrechtsfrage kritisiert, sieht sich das Land nicht genötigt, seine Prioritäten zu ändern.

4.2 Menschenrechtsverletzungen durch die palästinensische Autonomiebehörde

Der Friedensprozeß hat zudem ein neues Phänomen gebracht, und zwar die Menschenrechtsverletzungen der Palästinenser²⁰ durch ihre eigene Autonomieregierung. Durch die Etablierung der palästinensischen Behörde hat sich die Lage der Palästinenser noch verschlimmert. Sie haben es jetzt mit zwei repressiven Regimen zu tun. Die Palästinenser sind nunmehr Gefangene zwischen Israel, ihrer eigenen Regierung und den islamischen Gruppen, die ihre Sichtweise den Palästinensern aufzwingen wollen, geworden. Dadurch hat sich die Lage der Menschenrechte für die Palästinenser wesentlich verschlechtert. Es gibt auch hier eine systematische Verletzung von elementaren Rechten wie des Rechts auf Leben, Redefreiheit und Sicherheit. Da Arafat nach Auffassung der Israelis für Ruhe, Ordnung und Sicherheit in seinen Enklaven zu sorgen hat, ging er sofort daran, einen umfassenden Sicherheitsapparat aufzubauen. Seine neun Geheimdienste haben von ihrem Vorbild, dem israelischen Inlandsgeheimdienst Shin Bet, gelernt. So werden Palästinenser eingeschüchtert, bedroht, willkürlich gefangengenommen und mißhandelt. Über 1 000 Palästinenser sind im Rahmen der Aktionen gegen Hamas und den Islamischen Jihad verhaftet worden, ohne offiziell angeklagt worden zu sein und ohne daß sie einen Anwalt zu sehen bekamen. Informationen wurden durch Folter erpreßt. Die USA und Israel drückten ihre Zufriedenheit mit Arafats rücksichtslosem Vorgehen aus, forderten aber noch mehr von ihm.

Bisher wurden sieben Palästinenser vom eigenen Geheimdienst zu Tode gefoltert. Der letzte, Mahmud al-Dschamil, erlag am 31. Juli 1996 seinen Verletzungen, nachdem er im Gefängnis von Nablus von palästinensischen Sicherheitskräften schwer mißhandelt worden war. Nach Angaben der Jerusalem Times vom 2. Februar 1996 wurden im Gebiet von Bethlehem 15 Palästinenser vom eigenen Sicherheitsdienst schwer mißhandelt. Mehrere Abgeordnete des "Rats der Palästinenser" verlangten die Einstellung der

²⁰ Vgl. Khader Shkeirat, State of human rights in Palestinian territories: cause for alarm, in: Palestine report 24.5.1996, S. 10f.; Shyam Bhatia, Tortures in the service of Arafat, in: Guardian Weekly 7.7.1996.

Folterungen von eigenen Landsleuten. Auf der Anfang Februar abgehaltenen Konferenz über die Lage der Menschenrechte in Bethlehem wurden die Folterungen durch den Arafat-Geheimdienst auf das schärfste verurteilt und es wurde die Verabschiedung von Richtlinien für die Behandlung von Gefangenen gefordert.

Immer wieder wird im Zusammenhang mit den Folterungen von Palästinensern der Sicherheitschef von Jericho, Jibril Rajoub, genannt, der Chef des Preventive Security Service (PSS). Er saß 17 Jahre in israelischen Gefängnissen, bevor er 1988 in den Libanon deportiert wurde. Auf einer Pressekonferenz im Oktober 1995 griff er die "politisch motivierten" Menschenrechtsaktivisten an, insbesondere den langjährigen Mitarbeiter von B'Tselem, Bassam Eid.²¹ Rajub bezeichnete ihn als "Agenten", der für die israelische Polizei arbeite. Eine solche Anschuldigung kommt einem Todesurteil gleich. Bassam Eid und andere Menschenrechtsorganisationen beschwerten sich daraufhin bei Yassir Arafat, der durch seinen Sprecher erklären ließ, daß das Leben Eids nicht in Gefahr sei. Die Anschuldigungen Rajoubs nahm aber auch er nicht zurück. Am 2. Januar 1996 wurde Eid aus seiner Wohnung im Flüchtlingslager Shuafat in Ost-Jerusalem zur Polizeistation in Ramallah bestellt, dort 24 Stunden im Hauptquartier der "Force 17" festgehalten und dann freigelassen. Diese Maßnahme zeigt, daß die palästinensische Behörde ihre Kritiker einschüchtern und mundtot machen will. Weiterhin ist die freie Arbeit von palästinensischen Menschenrechtsorganisationen nicht gewährleistet. Rechtsanwalt Raji Sourani vom Gaza Center for Rights and Law und Jan Abu Shakrah vom Palestine Human Rights Information Center wurden kurzerhand abgesetzt bzw. zum Rücktritt veranlaßt, weil sie es gewagt hatten, Arafats Vorgehen zu kritisieren.

Der vorbeugende Sicherheitsdienst PSS hält sich weder an Recht noch Gesetz. Er begeht außergerichtliche Straftaten, Entführungen, Folter sowie ausgedehnte und willkürliche Festnahmen von Palästinensern in der Westbank. Die Opfer werden generell "moralischer Verstöße" bezichtigt wie der Prostitution oder außerehelichen Sexualverkehrs, des Drogenkonsums, Diebstahls oder der Kollaboration mit israelischen Behörden. In keinem Fall wurde gegen die Verhafteten ein Haftbefehl erlassen noch wurden sie formal angeklagt oder hatten die Gelegenheit, sich zu verteidigen. Für alle diese Verstöße und Übergriffe ist natürlich in erster Linie der PSS verantwortlich. Israel trägt aber insofern Mitverantwortung, als es nach Völkerrecht für die Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung unter seiner Herrschaft verantwortlich ist. Trotz dieser Verpflichtung

21 Vgl. B'Tselem Fieldworker Detained by the Palestinian Authority, in: Torture During Interrogations: Testimony of Palestinian Detainees. Testimony of the Interrogators, hrsg. von B'Tselem, a.a.O., S. 5.

haben die israelischen Sicherheitsdienste nichts gegen diese Übergriffe unternommen. Dies zeigt, daß Israel primär an seiner Souveränität, nicht aber an der Sicherheit der ihm unterstellten Bevölkerung interessiert ist. Es gibt Hinweise, daß es eine geheime Vereinbarung zwischen Israels GSS und dem palästinensischen PSS gibt. Der Chef der PSS in der Westbank, Rajoub, und Mohammed Dahlan, der den PSS in Gaza leitet, trafen sich im Januar 1996 mit dem früheren israelischen GSS-Chef Yaacov Peri in Rom. Aus diesem Treffen ging zwar keine formale Vereinbarung hervor, sondern man einigte sich nur auf eine Art "understanding". Diese "Rom-Vereinbarung" existiert offiziell nicht, aber sie wird trotzdem angewandt. Inzwischen arbeiten beide Geheimdienste geräuschlos und effektiv zusammen. Beide palästinensischen Geheimdienstchefs erhielten vor einigen Monaten eine CIA-Schulung in den USA. Der palästinensische Sicherheitsdienst ist völlig vom amerikanischen und israelischen Geheimdienst abhängig. 15 gesuchte Palästinenser konnten aufgrund von PSS-Informationen vom israelischen Geheimdienst verhaftet werden. Der ehemalige israelische Außenminister Ehud Barak drückte dies folgendermaßen aus: "Die Namen der Terroristen sind bekannt, die palästinensische Behörde muß ihnen nachgehen und sie verhaften."

Für viele Palästinenser ist die Übernahme der israelischen Sicherheitsdoktrin nicht ein Ausdruck von Selbstbestimmung, sondern von Niederlage. Wenn man diese Sicherheitsdoktrin ihres rhetorischen Mantels entkleidet, ist sie nichts weiter als die Implementierung der territorialen und militärischen Ziele Israels in den besetzten Gebieten. Dies machte der ehemalige Ministerpräsident Yitzhak Rabin in der Debatte um die Verträge von Oslo im August 1993 in der Knesset deutlich: "We are prepared to be party to establishing a reality whereby internal Palestinian security will be in Palestinian hands." Eine Woche danach lieferte er die Begründung nach. "The Palestinians will be better at it than we are, because they will allow no appeals to the Supreme Court and will prevent the Israeli Association of Civil Rights from criticizing the conditions there by denying it access to the area. They will rule by their own methods, freeing, and this is most important, the Israeli soldiers from having to do what they will do." Zynischer kann man meines Erachtens die Rolle der Palästinenser nicht beschreiben.

Insbesondere das von Arafat im Februar 1995 auf Druck der USA und Israels eingerichtete Staatssicherheitsgericht ist ein Skandal. Diesem ominösen "Gericht" sitzen inkompetente Militärs vor. Es gibt keine Protokolle, die Gefangenen wissen bis kurz vor der Verhandlung nichts über die ihnen gemachten Vorwürfe, es sind keine Anwälte zugelassen, und das Gericht tagt fast ausschließlich nachts, da es sich tagsüber in den Fall einarbeiten müsse, wie es der palästinensische Generalstaatsanwalt Khaled

al-Qidrah nennt. Das Gericht verhängt drakonische Strafen, gegen die es keine Einspruchsmöglichkeit gibt, sondern nur die Gnade Arafats. Durch dieses Gericht werden selbst die minimalsten Standards für einen fairen Prozeß verletzt.

Auch die Versammlungsfreiheit und das Recht auf friedliche Opposition ist gefährdet. In den autonomen besetzten Gebieten herrscht nicht Rechtssicherheit, sondern Chaos, Willkür, Unterdrückung und völlige Rechtsunsicherheit. Diesen Zustand kritisierte der palästinensische Psychiater Dr. Eyad al-Sarraj am 6. Mai 1996 in einem Interview mit der New York Times,²² worauf er am 18. Mai von Arafats Sicherheitsdienst verhaftet wurde. Erst nach heftigen internationalen Protesten wurde er am 26. Mai freigelassen. Die Untersuchungen gegen ihn gehen laut Generalstaatsanwalt Khaled al-Qidrah jedoch weiter. Sarraj mußte ein "bindendes Versprechen" unterzeichnen, keine Äußerungen gegenüber der lokalen oder internationalen Presse abzugeben, die den Gesetzen widersprechen. Sarraj wurde erstmalig bereits am 7. Dezember 1995 von der Polizei für einen Tag festgehalten, dann aber wieder freigelassen. Am 10. Juni wurde er wieder verhaftet. Sein Aufenthaltsort blieb zunächst unbekannt. Seine Familie und sein Anwalt Raji Sourani konnten ihn nicht sehen. Nach Berichten aus dem Gefängnis soll er gefoltert worden sein. Es wurde befürchtet, daß sein Leben in Gefahr sei. Inzwischen ist Sarraj wieder frei. Er gibt keinerlei Erklärungen mehr ab.²³

Welcher "Verbrechen" hatte sich Sarraj schuldig gemacht? In dem besagten Interview sagte er: "Die Menschen fühlen sich eingeschüchtert. Es gibt ein überwältigendes Angstgefühl. Das Regime ist korrupt, diktatorisch und unterdrückerisch. Ich sage das mit einem Gefühl der Traurigkeit, aber während der israelischen Besatzung war ich hundert Mal freier. Ich schrieb in der israelischen und arabischen Presse. Heute werde ich von unserer Presse und unserem Fernsehen boykottiert. Es gibt viele willkürliche Verhaftungen, ohne Anklage, ohne Grund. Die Behörden unterhalten neun Sicherheitsdienste, jeder mit eigenen Gefängnissen. Menschen werden systematisch gefoltert." Zur israelischen Besatzung sagte er: "Unter der Besatzung fühlten wir die brutale Gewalt, aber wir fühlten nicht die tägliche Erniedrigung, da wir heute von der eigenen Regierung unter-

22 Vgl. At Home Abroad. Interview mit Dr. Eyad al-Sarraj, in: New York Times 6.5.1996.

23 Vgl. Amos Wollin, Arafat-Kritiker bleibt in Haft, in: die tageszeitung 15./16.6.1996; ders., Arafat will seinen Gegner mundtot machen, in: die tageszeitung 19.6.1996; Lamis Andoni, Silencing dissent, in: Middle East International, Nr. 526, 24.5.1996, S. 7f.; Land & Water Est. For Studies & Legal Services, Dr. Eyad Sarraj arrested again, Presseerklärung 12.6.1996; Michael Verity, Sarraj arrest raises questions, in: The Jerusalem Times 14.6.1996; Stephanie Nolen, Sarraj released; says PA doesn't understand human rights, in: Palestine report 31.5.1996, S. 16; Sarraj back in jail, in: Palestine report 14.6.1996, S. 16.

drückt werden." Sarraj äußerte, daß die Menschen nicht fühlten, daß die politische Entwicklung ihnen etwas Positives gebracht habe. "Dieser Prozeß hat Gaza und die Westbank in ein neues Gefängnis verwandelt. Präsident Arafat wird gedemütigt; sein Volk wird gedemütigt. Wir sind nicht stolz auf unsere Regierung." Der Druck werde durch die katastrophale wirtschaftliche Lage noch verschärft. "Die Menschen sind auf ihre natürlichen Instinkte zurückgeworfen. Sie reagieren apathisch, wenn sie etwas über Demokratie und Menschenrechte hören. Was sie beschäftigt, ist Brot. Die Stimmung in Gaza ist nicht positiv. Die Menschen fühlen sich entfremdet, deprimiert und hoffnungslos. Hoffnungslosigkeit ist das schlimmste Gefühl, das man haben kann."

Sarraj hatte sich schon seit vielen Jahren für einen Ausgleich mit Israel eingesetzt, aber für einen "Frieden in Würde". "Die Art des Friedens, den wir haben, kommt einer totalen psychologischen Aufgabe gleich. Er ist viel schädlicher für den einzelnen, als einen Krieg zu führen." Auch über die Friedensabsichten von Peres äußerte er sich skeptisch bis enttäuscht. "Peres gibt mir nicht das Gefühl, als ob er für Frieden sei, so wie ich ihn verstehe. Ich erwarte nicht von jemandem, der über Frieden redet, daß er so viele Menschen im Libanon tötet. Wie kann er für Frieden sein, wenn seine Politik die Palästinenser so demütigt? Er läßt ihnen noch nicht einmal Bewegungsfreiheit."

Vielleicht sehnen sich die Palästinenser und die palästinensischen Menschenrechtsorganisationen eines Tages nach der israelischen Besatzung zurück, weil die Organisationen unter Besatzung frei arbeiten konnten und sich einem weitestgehend geregelten formaljuristischen Prozedere gegenüber sahen. Von seiten der palästinensischen Organisationen wird viel verschwiegen, dafür sorgen Zensur, Angst und Selbstzensur. Mit der Verhaftung und Mißhandlung von Sarraj hat Arafat allen kritischen Palästinensern ein Zeichen gegeben. Wie es scheint, ist es verstanden worden. Der Terminus "befreite Gebiete" für die Städte der Westbank klingt in Anbetracht dieser Vorgänge wie purer Zynismus. Immer wieder schüchtert Arafats Polizei Journalisten und die Herausgeber von Zeitungen ein, wenn sie nicht so berichten, wie er es will. Proteste von Journalisten ignoriert er. Der Herausgeber der Hamas-Zeitung, Al-Watan, wurde wegen aufrührerischer Artikel zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Immer wieder wird das Erscheinen dieser Zeitung sowie anderer Presseerzeugnisse zeitweise verhindert. Gedruckte Materialien werden beschlagnahmt. Regierungskritisches Material darf nicht gedruckt werden. Für Israel und die palästinensische Behörde gilt: Für den Frieden müssen die Menschenrechte auf der Strecke bleiben. Überspitzt formuliert: Für den Frieden darf gefoltert werden.

5. Ausblick

Trotz des Friedensprozesses hat sich die Lage der Menschenrechte nicht gebessert. Was Israel betrifft, hat es nur graduelle Veränderungen gegeben. Nach wie vor greift das Land massiv und mit aller Härte in das tägliche Leben der Palästinenser ein. Neu hingegen sind die Einschüchterung und die Mißhandlung der Palästinenser durch ihre eigenen Landsleute. Da die Menschenrechtspolitik generell in den internationalen Beziehungen eine geringe Bedeutung hat, besteht wenig Hoffnung, daß sich einer der europäischen Staaten oder die USA stärker für die Achtung der Menschenrechte in dieser Region einsetzen. Ohne einen massiven Druck von außen wird es aber keine Besserung geben. Deshalb ist zu befürchten, daß in diesem Friedensprozeß die Menschenrechte auf der Strecke bleiben.